

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt



Uns kann man falten,
aber nicht knicken.

75 Ausgaben für 75 Euro.
Onlineabo 3 Monate für 18 Euro

■ Siehe Seite 16

Solidarität jetzt: 3.000 Abos für die Pressefreiheit! jungewelt.de/abo

GEGRÜNDET 1947 · SA./SO., 30. NOVEMBER/1. DEZEMBER 2024, NR. 280 · 2,90 EURO (DE), 3,20 EURO (AT), 3,40 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Ratlos

Vor 25 Jahren tagte die WTO in Seattle. Die Gegenproteste waren das Fanal der Globalisierungskritik

3

Kopflös

»D-Day«-Affäre: Bei der FDP müssen Generalsekretär und Geschäftsführer gehen

4

Berglos

Was Thomas Mann schon wusste: Heinz Strunks ironischer Roman »Zauberberg 2«

11

Mittellos

Vor 30 Jahren wehrte sich die PDS-Führung mit einem Hungerstreik gegen einen Steuerbescheid

15

Pst, Feind wählt mit!

Der Verfassungsschutz hat eine »Taskforce« zur Bundestagswahl gebildet. Deren Ungültigkeit kann von jedem Hinweisgeber verhindert werden. **Von Arnold Schölzel**

Bei der für den 23. Februar geplanten Bundestagswahl droht ein falsches Ergebnis. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) warnt daher in einer am Freitag veröffentlichten Analyse vor einer »Gefährdung der Bundestagswahl durch unzulässige ausländische Einflussnahme«. Offenbar geht der Inlandsgeheimdienst davon aus, dass auch zulässige ausländische Einflussnahme möglich ist.

Die online veröffentlichte BfV-Einschätzung enthält eine Warnung vor nachrichtendienstlichen Schandtaten, mit denen deutsche Wähler fehlorientiert werden sollen: »Einzukalkulieren sind Aktionen der Desinformation und Diskreditierung, Cyberangriffe sowie Spionage und Sabotage.« Sie zielten »darauf ab, im Verborgenen und unter Vortäuschung falscher Tatsachen Einfluss auf Entscheidungs- und Funktionsträger in anderen Staaten auszuüben, aber auch in den freien Meinungs- und Willensbildungsprozess einzuwirken«. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Stabilität und Integrität der Institutionen solle geschwächt werden. Letztlich schrumpft das BfV allerdings die unbestimmte Mehrzahl »fremde Mächte« zur Einzahl: »Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat Russland das wohl größte und naheliegendste Interesse, die Wahl im eigenen Sinne zu beeinflussen.« Nach dieser Vermutung über Moskaus Neigung zu einem der Kanzlerkandidaten – Friedrich Merz (CDU/CSU), Olaf Scholz (SPD) oder Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) – lenkt die Behörde plötzlich von Russland ab: »Aber auch weitere Akteure behält das BfV im Blick, um Ambitionen zur



Achtung! Matroschka schaut zu, wenn im nächsten Frühjahr der Bundestag neu gewählt werden wird

Einflussnahme im Umfeld der Bundestagswahl frühestmöglich zu erkennen und entsprechenden Aktivitäten vorzubeugen.«

Die Wahlgefährder sind jedoch sehr aktiv und kaum zu fassen, was laut BfV zu einer »sich in den letzten Jahren dynamisch ändernden Gefährdungslage bei Spionage, nachrichtendienstlichen Cyberangriffen, Sabotage, Desinformation, Einflussnahme und Sanktionsumgehungen« geführt habe. Deswegen habe sich das BfV »in enger Zusammenarbeit mit anderen Landes- und Bundesbehörden sowie im Austausch mit internationalen Partnern auf den Schutz der Wahl vorbe-

reitet und eine Taskforce aufgestellt«. Die ursprünglich rein militärische Bezeichnung »Taskforce«.

Die »Truppe« kümmert sich um die Gültigkeit der Wahl. Denn einhergehend mit seinem Angriffskrieg habe »Russland seit 2022 die Verbreitung (pro)russischer und antiwestlicher Narrative offensiv ausgebaut und spricht selbst davon, in einem »Informationskrieg« zu stehen«. Immer wieder bespielte Themen seien »die Eskalationsdominanz Russlands, vermeintliche »Russophobie«, Fragen von Energie und Wirtschaftslage, Falschbehauptungen zur Ukraine sowie Attacken auf Politik und Personen der Bun-

desregierung und des Parlaments«.

Auf welche Weise das BfV zusammen mit seinen in- und ausländischen »Partnern« herausbekommt, welche Wähler auf all das reifallen, wird in dem Dokument nicht erläutert. Allerdings gibt es einen Fingerzeig: »Das BfV ist für Hinweise im Zusammenhang mit unzulässiger ausländischer Einflussnahme im Umfeld der Bundestagswahl 2025 über das Hinweistelefon gegen Extremismus, Terrorismus und Spionage zu erreichen.« Die Nummern: 0 228/99 79 26 00-0, 0 30/18 79 26 00-0. Per E-Mail: hinweise@bfv.bund.de. Diese Wahl muss gültig bleiben: Anrufen!

Georgien setzt EU-Gespräche aus

Tbilissi verzichtet vorerst auf Beitrittsverhandlungen. Proteste von Polizei beendet

Die georgische Regierung hat die Beitrittsgespräche mit der EU für die Dauer der laufenden Legislaturperiode ausgesetzt. Premierminister Irakli Kobachidse sagte am Donnerstag nachmittag in Tbilissi, vor Ende 2028 werde sich sein Land nicht mehr um die Mitgliedschaft in dem Brüsseler Staatenblock bemühen. Er warf der EU vor, mit ihren Auflagen das Land destabilisieren und gängeln zu wollen. Größere praktische Auswirkungen dürfte die Entscheidung Kobachidses nicht haben, weil die EU ihrerseits Anfang dieses Jahres die

Beitrittsgespräche mit Georgien ausgesetzt hat. Aus Brüssels Sicht passten mehrere vom georgischen Parlament erlassene Gesetze nicht zu den »europäischen Werten«. Diese richten sich unter anderem gegen »homosexuelle Propaganda« und verpflichten prowestliche Nichtregierungsorganisationen, ihre Finanzquellen gegenüber den Behörden in Georgien offenzulegen.

Auf die Entscheidung, die Gespräche vorerst zu beenden, reagierte die prowestliche Opposition mit Demonstrationen im Stadtgebiet von Tbilissi und weiteren georgischen Großstädten. Die

Demonstranten errichteten Barrikaden und zündeten diese an, die Polizei ging im Laufe des Abends mit Wasserwerfern und Pfefferspray gegen die Protestierenden vor. Die aus dem prowestlichen Lager stammende Staatspräsidentin Salome Surabischwili schloss sich den Protesten an und rief die Sicherheitsorgane im Land auf, nicht gegen die Bevölkerung vorzugehen. Bislang offenbar ohne größeren Erfolg.

Eine offizielle Reaktion auf die georgische Entscheidung aus Brüssel lag zunächst nicht vor. Die georgische Regierung setzt offenkundig darauf, dass

die EU mit dem Ukraine-Konflikt beschäftigt genug ist und nicht mehr die Mittel und den Willen aufbringt, Georgien an der politischen Leine zu halten. Eine durchaus riskante Einschätzung.

Unterdessen haben auch rund hundert georgische Diplomaten in einem offenen Brief gegen das Aussetzen der EU-Beitrittsgespräche durch die Regierung opponiert. Sie bezeichneten die Entscheidung als verfassungswidrig, sagte ein Diplomat am Freitag der Nachrichtenagentur Reuters.

Reinhard Lauterbach

■ Siehe Kommentar Seite 8

Rheinmetall baut Munitionsfabrik in Litauen

Düsseldorf. Der Rüstungskonzern Rheinmetall hat den Bau einer Munitionsfabrik in Litauen angekündigt. Die entsprechenden Verträge mit der litauischen Regierung seien am Freitag unterzeichnet worden, teilte das Unternehmen mit. Geplant ist demnach eine »hochmoderne Produktionsanlage« für 155-Millimeter-Artilleriemunition. »Die Anlage wird ab Mitte 2026 in Betrieb genommen und wird nach ihrer Fertigstellung in der Lage sein, Zehntausende Artilleriegeschosse mit einem Kaliber von 155 Millimeter pro Jahr herzustellen«, führte Rheinmetall aus. Die Investitionen belaufen sich demnach auf 180 Millionen Euro.

»Vom ersten Tag an basierte der Dialog zwischen der litauischen Regierung und Rheinmetall auf einem gegenseitigen Verständnis für die Notwendigkeit und Dringlichkeit dieses Projekts«, erklärte die litauische Regierungschefin Ingrida Šimonytė. (AFP/jw)

Italien: Landesweiter Streik gegen Meloni



Rom. Mit einem eintägigen landesweiten Streik haben italienische Gewerkschaften am Freitag gegen die Haushaltspläne der rechten Regierung der Ministerpräsidentin Giorgia Meloni protestiert. Sie fordern höhere Löhne und Renten sowie mehr Geld für Gesundheit, Bildung und den öffentlichen Dienst. Gestreikt wurde in Schulen, Krankenhäusern, bei der Post sowie an Mautstellen. Betroffen waren vor allem Behörden und Staatsbetriebe. Am Donnerstag hatten die Gewerkschaftsbünde CGIL und UIL zum Generalstreik aufgerufen. Im Aufruf heißt es, der Haushalt sei »völlig unzureichend für die Lösung der Probleme des Landes«. Italien gehört zu den EU-Ländern mit der höchsten Schuldenlast. 2024 wird sie auf drei Billionen Euro klettern. Meloni will sie auf Kosten der Bevölkerung eindämmen. Trotz sinkender Umfragewerte ist ihre Regierung derzeit stabil. (dpa/jw)

jw wird herausgegeben von 2.993 Genossinnen und Genossen (Stand 20.11.2024)
www.jungewelt.de/lpg



4 198625 902901